Am 20. März sollen fast alle bundesweiten Corona-Maßnahmen fallen. Dies sieht die Arbeitsversion zur Änderung am Infektionsschutzgesetz vor, die am Mittwoch beraten werden soll. Schon gibt es politischen Widerstand – vor allem aus Bayern und auch von der SPD-Chefin Saskia Esken. Auch die Medien verweisen dabei gerne auf die angeblich steigenden Hospitalisierungsraten und Sterbefälle. Doch beide Zahlen sind isoliert betrachtet nutzlos und liegen vollkommen im Bereich des statistisch Erwartbaren und teilweise sogar darunter. Wenn jeder zwanzigste Bundesbürger zurzeit als aktiv infiziert gilt, wäre es bemerkenswert, wenn nicht gleichzeitig auch jeder zwanzigste Neuzugang im Krankenhaus und jeder zwanzigste Todesfall ebenfalls einen positiven Corona-Test aufweist. Doch dieser Gesichtspunkt wird so gut wie nie betrachtet und stattdessen geht die Panikmache munter weiter. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220315_Nichts_spricht_gegen_eine_Beendigung_der_Massnahmen_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

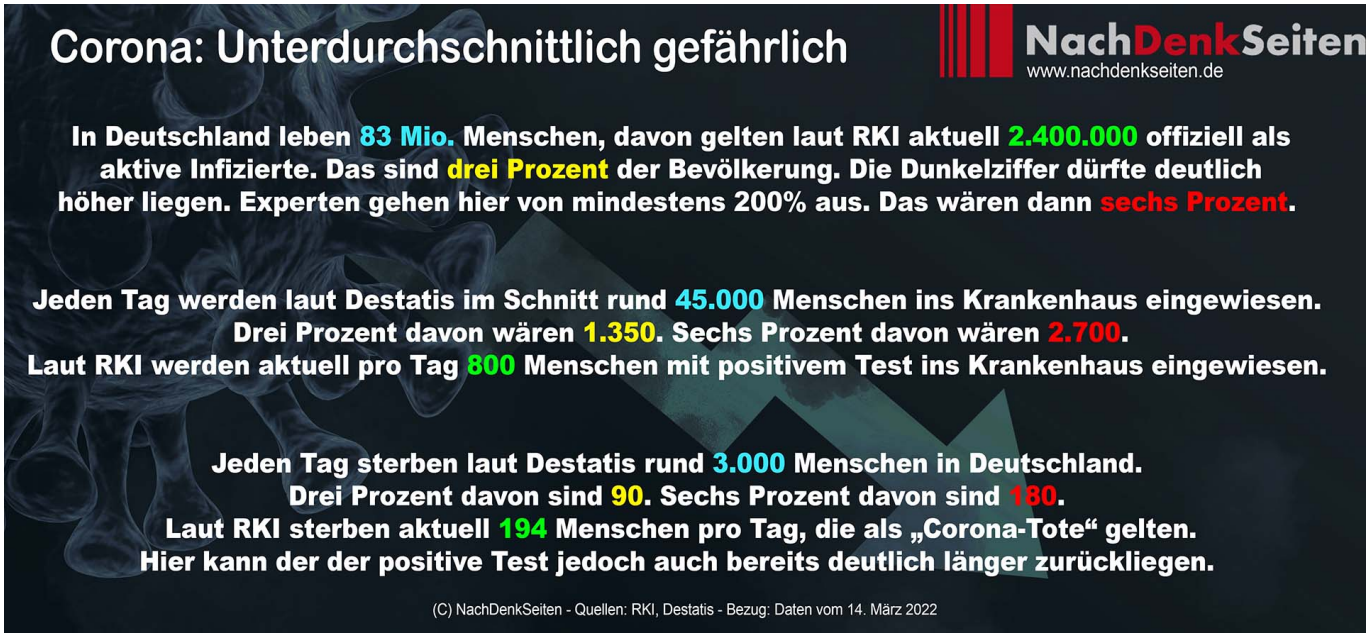
Corona ist nicht weg, ganz in Gegenteil. Wenn man sich die offiziellen Zahlen anschaut, gab es sogar noch nie so viele Infektionen wie zurzeit. Die aktuelle Inzidenz liegt bei 1543. Das heißt, von 100.000 Bundesbürgern infizieren sich 1.543 bzw. 1,54% pro Woche. Da man das Virus rund zwei Wochen lang per Test nachweisen kann, heißt dies, dass zurzeit rund drei Prozent der Bevölkerung offiziell als aktiv Infizierte gelten. Das sind rund 2,4 Millionen Menschen. Doch selbst dies ist allenfalls die Spitze des Eisbergs. Die Kapazitäten der PCR-Tests sind auf so große Zahlen nicht ausgelegt und die Zugangskriterien für diese Tests sind mittlerweile beschränkt. Zurzeit ist übrigens mehr als jeder zweite offizielle PCR-Test positiv. Wie hoch die Dunkelziffer ist, ist ohne randomisierte Stichproben nicht exakt zu ermitteln. Experten wie z.B. Alexander Kekulé gehen von mindestens 200% aus. Konservativ geschätzt hieße das, dass zurzeit mindestens rund sechs Prozent der Bundesbürger aktiv infiziert sind. Das sind rund 4,8 Millionen.

Die sogenannte „Omikron-Wand“ läuft also zurzeit voll durch das Land und müsste sich gemäß der gängigen „Alarmismus-Szenarien“ sehr deutlich in den Kennzahlen des Gesundheitssystems widerspiegeln. Doch genau das ist nicht der Fall. Ein Blick auf die sogenannte Hospitalisierungsrate lässt eher den umgekehrten Schluss zu. Laut RKI liegt die derzeitige Hospitalisierungsrate bei exakt 7,0. Das heißt, von 100.000 Bundesbürgern

werden zurzeit innerhalb einer Woche sieben mit einem positiven Corona-Test ins Krankenhaus eingewiesen. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung sind dies rund 800 pro Tag. Das hört sich viel an, ist es aber nicht. Laut Statistischem Bundesamt werden jedes Jahr 16,4 Millionen Patientinnen und Patienten in den allgemeinen Krankenhäusern stationär behandelt – das entspricht 45.000 Neuaufnahmen pro Tag.

Wäre das Virus bei den Neuaufnahmen in den Krankenhäusern also genau so verteilt wie in der Gesamtbevölkerung, müssten drei Prozent – und mit Berücksichtigung der Dunkelziffer sogar sechs Prozent – davon positiv auf das Corona-Virus getestet sein. Das entspräche 1.350 bzw. 2.700 Neuzugängen pro Tag. In der Realität sind es jedoch nur 800 und damit sehr deutlich weniger, als es statistisch zu erwarten wäre. Der Grund für die Diskrepanz dürfte in der Altersverteilung der Infizierten liegen. Laut des letzten Wochenberichts des RKI sind die Inzidenzen bei den unter 30-Jährigen besonders hoch, während sie bei den 70- bis 85-Jährigen vergleichsweise niedrig sind. Die Altersverteilung der Krankenhauszugänge dürfte indes genau umgekehrt sein. Wie dem auch sei. **Wenn die Hospitalisierungsrate gerade mal ein Drittel des eigentlich statistisch zu erwartenden Wertes ausmacht, ist dies ganz sicher kein Alarmzeichen. Ganz im Gegenteil.**

Wie sieht es bei den Sterbefällen aus? Hier gibt das RKI aktuell eine Inzidenz von 1,71 aus. Das heißt, von 100.000 Menschen sterben im Schnitt in einer Woche 1,71 an oder mit Corona. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung entspricht dies 194 Sterbefällen pro Tag. Auch das klingt erst einmal sehr hoch. Doch jeden Tag sterben im Winterhalbjahr rund 3.000 Menschen in Deutschland. Drei Prozent davon wären 90, sechs Prozent 180 Sterbefälle pro Tag. Die Zahl der Corona-Toten liegt somit also nur marginal über dem Wert, den man statistisch erwarten würde. Doch anders als bei der Hospitalisierung ist diese Rechnung nicht so einfach zu erstellen. Denn als Corona-Toter gilt in Deutschland nicht etwa jeder Sterbefall, der zum Todeszeitpunkt testpositiv war, sondern jeder Sterbefall, der im Laufe seiner finalen Erkrankung testpositiv war. Dabei kann die Infektion auch schon sehr lange zurückliegen. Ein Vergleich zum statistischen Erwartungswert ist also nicht so einfach aufzustellen, da sehr viele „Altinfektionen“ die Anzahl der Corona-Sterbefälle in die Höhe treiben. Was man aber sagen kann: **Wenn der offizielle Wert der Sterbefälle nur marginal über dem statistischen Erwartungswert, der längst nicht alle potenziellen Corona-Toten abbildet, liegt, dann ist auch das ganz sicher kein Alarmzeichen**. Eine „Pandemie“, die sich trotz Rekordwerten bei der Verbreitung nicht negativ in den Statistiken bemerkbar macht, ist keine Pandemie.



Die mehr oder weniger harten Zahlen aus dem Gesundheitssystem geben also keinen Anlass dazu, die Bevölkerung jetzt noch durch irgendwelche Maßnahmen zu beeinträchtigen. Wenn sich sowohl bei den Krankenhausneuzugängen wie bei den Sterbefällen kein Trend erkennen lässt, dass eine Corona-Infektion auch nur irgendeinen negativen statistischen Einfluss hat, ist jedwede Begründung für diese Maßnahmen obsolet.

Der am 20. März eigentlich geplante Wegfall der meisten Maßnahmen und die Rückkehr zu einem „Basisschutz“ ist also nicht zu weitreichend, sondern ganz im Gegenteil noch lange nicht weitreichend genug. So sieht die Gesetzesnovelle zwar einen Wegfall der Maskenpflicht im Einzelhandel und eine Rückkehr zur Normalität in Gastronomie, Kultur und Tourismus vor – aber dennoch bleiben unverständlicherweise Maßnahmen wie die Maskenpflicht im Nah- und Fernverkehr oder die Testpflicht in Schulen erhalten. Warum?

Doch selbst dieser „Freedom Day light“ geht den üblichen Verdächtigen zu weit. So würde der bayerische Gesundheitsminister Holetschek die kompletten Maßnahmen am liebsten noch „zwei oder drei Monate verlängern“ und die SPD-Chefin Esken will weitere Maßnahmen, wie die Maskenpflicht im Einzelhandel, in den „Basisschutz“ aufnehmen. Beides ist selbst aus Perspektive der Alarmisten eigentlich fragwürdig. Ein Wegfall der Maßnahmen im Infektionsschutzgesetz hieße schließlich nur, dass es keine bundesweite Regelung mehr gibt, unter die die Länder nicht gehen können. Dass die Länder – wenn sie es denn wünschen – sehr wohl Maßnahmen verhängen können, die über die Bundesregelungen hinausgehen, sieht der Entwurf der Ampel indes ausdrücklich vor. Doch dann müssen die Länderpolitiker das auch ihren Wählern erklären und können sich nicht

mehr hinter der Bundesregierung verstecken. Und last but not least müssen diese Landesregelungen auch so formuliert sein, dass sie nicht gleich wieder von den Gerichten kassiert werden. Gerade für die bayerische und die niedersächsische Regierung scheint genau das eine unüberwindbare Hürde zu sein.

So bleibt es abzuwarten, wer sich innerhalb der Regierung durchsetzt. Anders als Saskia Esken ist nämlich ausgerechnet ihr Genosse Karl Lauterbach überraschenderweise ein Befürworter des Auslaufens der meisten Maßnahmen. Selbstverständlich ist und bleibt er ein Alarmist und befürwortet ausdrücklich diese Maßnahmen. Andererseits ist er jedoch auch als talentierter Politiker ein großer Opportunist und ist daher heilfroh, die politische Verantwortung an seine Kollegen auf Landesebene weiterzureichen. Dann kann er auf Twitter von ihnen wieder genau das fordern, was er gegen die FDP im Kabinett nicht durchbekommt. Und am Ende winkt uns eine typisch deutsche Lösung: Die Maßnahmen werden auslaufen – nicht, weil sie überflüssig sind und die Politik dies erkannt hat; sondern weil niemand, der in der Regierungsverantwortung ist, den Charakter hat, seine Fehleinschätzungen als solche anzuerkennen und daher lieber die Verantwortung auf untere Ebenen verlagert, die zwar willens, aber dank ihrer gnadenlosen Inkompetenz nicht in der Lage sind, den größten Unsinn zu exekutieren. Wohl bekomm’s. Auf einen maßnahmenfreien Sommer.

Titelbild: MB.Photostock/shutterstock.com